

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbr d

Inhalt

Egon Franke MdB, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen a.D., stellt fest, daß Vernunft und Verantwortung die konsequente Fortsetzung der Normalisierungspolitik gebieten: Solidarität mit den Deutschen in der DDR.

Seite 1

Helmut Rohde MdB setzt sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und dem geistigen Anspruch der neuen Bundesregierung auseinander: Die Moral für den Winter.

Seite 4

Joachim Poß MdB schildert die Wirkung der Ruhrtage der CDU am Beispiel Gelsenkirchen: Heiße Luft.

Seite 6

Karl Wilms, Bremens Arbeits-Senator, setzt sich für Ausländer-Integration ein: Politiker können Zeichen setzen.

Seite 8

37. Jahrgang / 190

6. Oktober 1982

Solidarität mit den Deutschen in der DDR

Vernunft und Verantwortung gebieten die konsequente Fortsetzung der Normalisierungspolitik

Von Egon Franke MdB
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen a.D.

Zehn Jahre nach 1972, dem eigentlichen Erntejahr der neuen Deutschland- und Ostpolitik, wurden wir Sozialdemokraten aus der Regierungsverantwortung gedrängt. Die von CDU und CSU angeführte neue Koalition übernimmt auf dem Feld der Deutschland- und Ostpolitik ein Erbe, das wir üblicherweise mit dem Ausdruck "Vertragspolitik" kennzeichnen.

Blicken wir kurz auf 1972 zurück. Um die Jahresmitte traten das Viermächte-Abkommen über Berlin, der Moskauer und der Warschauer Vertrag in Kraft. Kurz zuvor, Ende Mai, war der erste Staatsvertrag mit der DDR, der Verkehrsvertrag, abgeschlossen worden, und gegen Ende des Jahres schließlich, nach der vorgezogenen Bundestagswahl vom 19. November 1972, unterschrieb Willy Brandt als Bundeskanzler für die Bundesrepublik Deutschland den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen mit der DDR.

Auch wenn man die Rückschläge und Hemmnisse, die im Laufe des vergangenen Jahrzehnts eintraten, in die Gesamtrechnung einbezieht - der positive Gesamteindruck ist unbestreitbar. Die Vertragspolitik hat uns Deutschen, insbesondere den Berlinern, Vorteile eingetragen, die niemand mehr missen möchte. Kein deutscher Politiker - übrigens auch im Osten - kann es heute wagen, diese Vorteile offen aufs Spiel zu setzen. Das sagt meines Erachtens mehr über die Erfolge unserer Politik aus als langes Reden.

Der substanzielle Ertrag der 1969 eingeleiteten Politik läßt sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Verbesserung der gegenseitigen Information und der Verbindung über Reisen und Telefon zwischen den Menschen im geteilten Deutschland.
2. Erleichterung, Beschleunigung und rechtliche Absicherung des Transitverkehrs sowie Verbesserung der Verkehrswege von und nach Berlin (West);
3. Verbesserung der Lebensqualität von West-Berlin als Wohnort durch Wiedergewinnung von mehr örtlicher Bewegungsfreiheit für die Einwohner und durch Lösung von Umweltproblemen;



4. Erweiterung der Möglichkeiten, Menschen aus der DDR mit ihren Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland zusammenzuführen.

Am bedeutsamsten jedoch erscheint die Veränderung, die diese Politik im Bewußtsein der Menschen hüben und drüben bewirkt hat. Vergleicht man die Situation heute mit derjenigen der sechziger Jahre, so halte ich die Feststellung für erlaubt, daß sich das Bewußtsein der einen deutschen Öffentlichkeit wieder gekräftigt, ja eigentlich wiederhergestellt hat. Nichts von Belang wird heute hüben und drüben gedacht oder geschrieben oder ausgesprochen, was nicht auf der jeweils anderen Seite aufgenommen und verarbeitet würde.

Die Deutschlandpolitik der neuen Bundesregierung wird daran zu messen sein, wie weit es ihr gelingt, dieses wohl wesentliche "Pfand", das ihr die sozialdemokratisch/liberale Deutschlandpolitik hinterläßt, festzuhalten und weiter zu konsolidieren. Dazu bedarf es beharrlicher und aufrichtiger Anstrengung. Solche Anstrengung ist notwendig, um das in der Praxis für die Menschen Erreichte materiell zu bewahren und, wo immer sich Gelegenheit dazu bietet, auszubauen. Sie ist aber auch notwendig - und deswegen vor allem sage ich: Sie muß beharrlich und aufrichtig sein - wegen des Beispiels, das die Politik vor den Augen der Menschen in Deutschland gibt und geben muß.

Einer der Vorwürfe, die Anfang der siebziger Jahre gegen die Politik der menschlichen Erleichterungen vorgebracht wurden, war der, sie "privatisiere" die Verantwortung für die Nation, sie verlagere die Verantwortung für die Nation auf den einzelnen und seine privaten Kontakte. Der Vorwurf ist heute mit Recht verstummt, denn der bloße Augenschein widerlegt ihn. Die Deutschen sind heute wieder mehr einander zugewandt, und das ist in meinen Augen das ideale Hauptergebnis unserer beharrlich pragmatischen Politik. Die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition hat das Verhältnis zur DDR nicht nur auf eine förmliche Vertragsgrundlage gestellt. Sie hat in den Jahren seither dieses Verhältnis genutzt, um unsere Solidarität mit den Deutschen in der DDR praktisch zu beweisen.

Das war oft nicht leicht. Wenn ich an die endlosen Auseinandersetzungen um "Leistungen und Gegenleistungen" denke, an die zuweilen offenen Verdächtigungen der angeblichen "Kollaboration" mit den Herrschenden in der DDR, so kann ich ein Gefühl der Genugtuung nicht unterdrücken, daß wir standhaft geblieben sind, standhaft manchmal bis an die Grenze der Selbstverleugnung. Heute dürfen wir uns sagen, daß wir damit ein Beispiel gegeben haben, das von den Menschen in beiden Teilen Deutschlands verstanden und aufgenommen wurde. Wie sehr und in welcher Weise das für die DDR gilt, hat Richard von Weizsäcker, der Regierende Bürgermeister von Berlin, erst kürzlich in der Debatte des Deutschen Bundestages über den Bericht zur Lage der Nation eindrucksvoll beschrieben.

Die neue Regierung wird sich vor alten Fehlern hüten müssen. Es wäre keine Kontinuität in der Deutschlandpolitik, wenn sie der Versuchung nachgäbe, sich von pragmatischen - und nicht selten strapaziösen - Anstrengungen durch verbale Forderungen, die bloß so in die Luft gesprochen sind, freizukaufen, mögen diese im Lichte der Menschenrechte, internationaler Pakte et cetera auch noch so berechtigt sein. Vor allem wird sie darauf achten müssen, den Grundlagenvertrag nicht zu überfordern.



Gewiß sind die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik von besonderer Art und können, allein schon aus völkerrechtlichen Gründen, gar nicht anders sein. Nur so war der Abschluß des Vertrages überhaupt möglich, und danach hat sich auch der Vollzug zu richten. Beide Staaten sind vor dem Völkerrecht gleich und voneinander unabhängig. "Besondere" Beziehungen kann also nicht bedeuten, daß die Bundesregierung sich als Vormund der DDR-Regierung fühlen oder gar danach benehmen dürfte.

Hingegen soll und muß jede Bundesregierung gegenüber der Regierung der DDR darauf achten, daß in den gegenseitigen Beziehungen den "deutschen" Tatsachen Rechnung getragen wird. Sie sind es, die im eigentlichen Sinne die Besonderheit der Beziehungen begründen. Zu diesen Tatsachen zählen eine Fülle von praktischen und humanitären Problemen sowie völkerrechtliche Verantwortungen Dritter, deren Respektierung beiden Staaten obliegt und ihrem rechtlichen Handeln Grenzen setzt. Schließlich zählt zu diesen deutschen Tatsachen insbesondere auch ein historisch-moralisches Debet von uns Deutschen den europäischen Nachbarvölkern gegenüber. Es verpflichtet die Verantwortlichen beider Seiten, dafür zu sorgen, daß das Schicksal unseres Volkes nach 1945 nicht zur Quelle neuer Gefahren für Europa wird. In diesem Sinne sind auch alltägliche innerdeutsche Beziehungen zwischen Menschen, Organisationen und Institutionen, wenn sie nur ein Stück Normalisierung bewirken, ein Beitrag zur Befriedung in Deutschland und damit zur Stabilisierung in Europa.

Vernunft und Verantwortung gebieten die konsequente Fortsetzung der Normalisierungspolitik gegenüber und mit der DDR. Die Notwendigkeit dieser Politik, begründet im größeren internationalen Zusammenhang, ist unbestreitbar, ihr Nutzen für die Menschen unseres Volkes erwiesen. Die Unterschiedlichkeit der Interessen und Toleranzen zwischen uns und der DDR wird auch weiterhin den Normalisierungsprozeß begleiten und seine einzelnen Fortschritte in Grenzen halten. Aber daß Fortschritte überhaupt möglich sind, ist aus der Entwicklung des letzten Jahrzehnts, und zwar buchstäblich bis in die letzten Tage hinein, eindeutig ersichtlich. Das realistische Ziel der Vertragspolitik hat sich bestätigt. Es ist und bleibt die deutschlandpolitische Aufgabe, das Nebeneinander der beiden deutschen Staaten zu organisieren, damit wir trotz der gesellschaftlichen und politischen Unterschiede in erträglicher, noch besser wäre: In kooperativer Nachbarschaft neben- und miteinander leben können.

(-/6.10.1982/bgy/ks/ca)

+ + +



Die Moral für den Winter

Arbeitslosigkeit und geistiger Anspruch

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Vor uns steht ein harter Winter: So wird befürchtet, daß die Arbeitslosigkeit in den Staaten der OECD auf 33 bis 35 Millionen Menschen ansteigt. In der Europäischen Gemeinschaft werden Zahlen zwischen 13 und 15 Millionen Betroffenen genannt. In England führt der Weg an die Vier-Millionen-Grenze heran. Die USA haben die höchste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten. Die Auswirkungen weltweiter Krisen erreichen jetzt sowohl politisch wie wirtschaftlich immer mehr die Bundesrepublik.

Gefragt, was er denn konkret dagegen tun wolle und wie er die Entwicklung einschätze, ließ Bundeskanzler Kohl in Interviews wissen: Das Wichtigste sei für ihn der "geistig-moralische Anspruch", er habe Vorrang, und um ihn wolle er sich zunächst kümmern. Über die tatsächlichen Gründe und Gefahren der Arbeitslosigkeit sagte er nichts: Wie vornehmlich in den USA, in England und in anderen konservativ regierten Industriestaaten hohe Einkommen geschont und begünstigt worden sind, gleichzeitig dagegen die Masseneinkommen der breiten Schichten gesenkt wurden. Nachfrage und Absatz gingen zurück, die Rüstungsausgaben stiegen ständig, strapazierten die Haushalte und drückten die Schuldenaufnahme nach oben. Auch in der Bundesrepublik wird jetzt ein erhöhter Schuldenpegel geplant. Die Reagansche Geldpolitik wirkte sich international aus, die Zinsen gingen hoch und die Investitionsabsichten runter.

Dies ist eine weltweite wirtschaftliche Krise, unübersehbar mit konservativer Deflation und kapitalistischen Mitteln durchsetzt. Kohl aber dreht die ganze Sache ins "Geistig-moralische". Uns erinnert das an die Erfahrung der Generation unserer Großeltern. Ihnen schob man schon damals nicht nur die Krise und ihre Auswirkungen, sondern auch noch die Schuld dafür in die Schuhe: Moralischer sollten sie werden, nicht so anspruchsvoll sein und mehr leisten.

Was die Leistung angeht: Wer heute Arbeitszeitverkürzung ablehnt, Überstunden erleichtern will, gleichzeitig anderen mangelnde Leistungsbereitschaft vorwirft, der scheint



gerade den heutigen Leistungsdruck in den Industrieländern mit seinen sozialen und menschlichen Folgen völlig aus dem Blick verloren zu haben. Er zeigt damit sein Verhältnis zur Arbeitslosigkeit.

Wenn Blüm und Lambsdorff in den nächsten Monaten rigoros in die Arbeits- und Sozial-einkommen eingreifen, wenn die Nachfrage und der Lebensstandard der breiten Schichten zur Ader gelassen werden, gleichzeitig aber die Preise, die Mieten, die öffentlichen Beiträge, Gebühren und Abgaben, aber auch die Hätscheleien der hohen Einkommen sowie die von den USA gesteuerten Zinssätze steigen, dann wachsen Arbeitslosigkeit und soziale Krisen. Sozialer Abstieg und Armut werden zur Antwort auf die "neue soziale Frage".

Im Sommer haben Blüm und Co. gegenüber den Gewerkschaften soziale Zusagen und politische Versprechungen gemacht. Jetzt winkt er an der Seite von Lambsdorff den Worten von gestern zum Abschied zu. Sie beginnen wie Reagan, wollen Arbeitslosigkeit und Krisenängste zum Angriff auf die Masseneinkommen ausnutzen. Ihr politisches Spiel mit dem sozialen Konsens nennen sie solidarische Aktion. Sie reden von Pausen, aber planen den Eingriff. Die Politik nähert sich dem Lambsdorff-Papier und dem Tabukatalog der Arbeitgeber. Das ist die Wende des Geistes zu einer neuen Sorte von Moral.

Im Parlament und in der Öffentlichkeit heißt es immer, das "Anspruchsdenken" müsse weg. Die Fachgeschäfte, die Kaufhäuser und andere Dienstleistungsbereiche sind doch nicht deshalb menschenleer und umsatzschwächer geworden, weil die Menschen zu viele Ansprüche geltend machen. Ist die Nachfrage überzogen? Sind wachsende Arbeitslosigkeit, mangelnde Auslastung der Produktion und wachsende Kurzarbeit sowie Einkommensabfall etwa Zeichen eines "überzogenen Anspruchsdenkens"?

Die Deflationskrise mit ihrer wachsenden Arbeitslosigkeit haben die Konservativen als sogenannte "Reinigungskrise" in Gang gesetzt und erklärt. Die Zitate führender CDU-Leute, der Staat solle sich aus seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung zurückziehen und allein der Wirtschaft das Feld überlassen, sind Legion. Das Wort des früheren Bundeswirtschaftsministers der CDU von der "gewollten Rezession" in der Mitte der 60er Jahre ist nicht vergessen. Reagan und Thatcher beredeten die Bevölkerung in den USA und in England mit der konservativen Aussicht: Durch ein tiefes Tal könne man zu neuen Höhen kommen. Der Pleitegeier wurde gleichsam zum Wappentier der Konservativen "Reinigungskrise".

Kohls Interviews erinnern an eine Meldung vom Anfang dieses Jahres: Bedrängt durch die Krise in seinem Land beschwerte sich US-Präsident Reagan damals, daß die Unternehmer zu wenig Waren in die Verkaufsregale legten. So machte er den Grund für die amerikanische Krise aus. Man sieht: Die "geistig-moralische Herausforderung" wird zu einem ungeahnten Blütenkranz.

Heiße Luft und keine Wirkung

Die Ruhrtage der CDU am Beispiel Gelsenkirchen

Von Joachim Poß MdB

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen

Mitglied des SPD-Parteirates

Die Ruhrtage der CDU sind vorüber. Alle waren sie da: Kohl, Biedenkopf, Barzel, Pieroth, Geißler und der "Erfinder" dieser Basisaktivitäten, Dr. Bernhard Worms.

Waren es nun das hessische Wahlergebnis und der geplante Kanzlerwechsel oder die falsche Einschätzung dieser politischen Landschaft, die Herrn Worms nach dem Besuch des Gelsenkirchener Wochenmarktes resümierten ließ: "Auf dem Hauptmarkt wäre ich bald kaputt gegangen. Das war knochenhart. Und die Diskussion wurde in einer Sprache geführt, die wir in Köln nicht gewohnt sind. Das wird eine harte Arbeit im Weinberg des Herrn." Ob Herr Dr. Worms gemerkt hat, daß es nicht reicht, zwei arbeitslosen Bauarbeitern vor "Bild"-Reportern einen neuen Job zu versprechen, um die Menschen von der politischen Gestaltungskraft der CDU zu überzeugen?

Nein. Die CDU wurde drastisch von der politischen Normallage des Ruhrgebietes eingeholt; sicherlich beeinflusst von der Solidarisierung der Bevölkerung mit der SPD und Helmut Schmidt. Worms und Biedenkopf waren die einzigen, die sich der Bevölkerung stellten. Geißler, Friedrich Vogel und Pieroth zogen Heimspiele bei der sowieso überzeugten CDU-Basis vor. Waren die Ruhrtage - wie Worms und Biedenkopf in seltener Eintracht meinten - ein Erfolg für die CDU? Aus vielen Gesprächen mit der Bevölkerung ziehe ich den Schluß, daß außer einigen Schlagzeilen in der Lokalpresse keine nachhaltige Wirkung erzielt wurde.

Das Ruhrgebiet muß man "fühlen"; es ist müßig, es intellektuell durchdringen zu wollen. Worms hat dies wohl erkannt, als er seine Ruhrtage inszenierte; er hat allerdings die Gefühlslage anders eingeschätzt. Die Ruhrgebietsmenschen haben ein feines Gespür für Gradlinigkeit und aufrichtiges politisches Bemühen. Hier verbinden sich reale Erfahrungen der Arbeitswelt mit westfälischer Querköpfigkeit und sozialdemokratischen Traditionen, die trotz sich wandelnder Strukturen in der Gesellschaft, im Zweifel in der SPD die Interessenvertreter der arbeitenden Menschen sehen.

Was ist geblieben von den Ruhrtagen?



1. Sicher hatte die CDU - wie bereits erwähnt - angesichts des Prominentenaufgebots eine Woche lang breite, wenn auch nicht unkritische publizistische Begleitung. Das allein gräbt jedoch keine Furchen.
2. Die Hoffnung auf die neue Mehrheit, die Biedenkopf in einem seiner traumatischen Anfälle vom Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen versucht hat, ist zerplatzt wie eine Seifenblase.
3. Die Reaktion auf die "Nachenschaften", mit denen der Kanzlersturz eingeleitet wurde, ist im Ruhrgebiet, wo die Menschen schlitzohriges Taktieren verabscheuen, heftiger ausgefallen als von der CDU erwartet wurde.
4. Ungeachtet der Folgen des Strukturwechsels mißtraut die Übergroße Mehrheit der Bevölkerung allen Krisenlösungskonzepten, die die Probleme weiter verschärfen. Die Menschen haben - weil vielfach unmittelbar betroffen - eine hohe Sensibilität für die fatalen Konsequenzen der neokonservativen Wende in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik.
5. Auch im Ruhrgebiet gab es in den letzten Monaten eine wachsende Distanz zur SPD. Ausgeprägter als anderswo war dies jedoch kein Indiz für eine neue Liebe zur CDU, sondern Ausdruck mangelnder Orientierungsfähigkeit der SPD.
6. Die Sozialdemokraten im Ruhrgebiet werden in den nächsten Monaten stärker als bisher noch die wesentlichen Zusammenhänge der Wirtschafts- und Sozialpolitik erläutern müssen. Ich bin jedoch sicher, daß sich die Sozialdemokraten im Ruhrgebiet die Kraft holen können, die sie kurz- oder mittelfristig aus der ungewohnten Oppositionsrolle wieder in die Regierungsverantwortung führt. Dabei sollten sich alle Sozialdemokraten vor Überzeichnungen hüten. So ist es wenig hilfreich, wenn Einzelne von verschiedenen Flügeln der Partei (zum Beispiel Horst Niggemeier oder auch einige Jungsozialisten) eine Diskussion nach dem Motto "Wie hältst Du es mit den Grünen" aufzwingen wollen. Die SPD im Ruhrgebiet kann nur das Ziel haben, ihre Meinungsführerschaft auf allen politischen Feldern zu demonstrieren und die vorhandenen Mehrheiten zu behaupten.

Dabei geht es um das Bündnis der Vernunft in der SPD, nicht um Koalitionen mit anderen Parteien.

(-/6.10.1982/ks/ca)

+ + +



Politiker können Zeichen setzen

Ausländer-Integration ist keine Sache von Papieren und Resolutionen

Von Karl Willms

Arbeitssenator der Freien Hansestadt Bremen

Der Öffentlichkeit liegt jetzt das Ausländerprogramm 1982 des Senats vor. In diesem Zusammenhang sind die ausländerpolitischen Grundsatzpositionen der Bremer SPD-Landesregierung in Erinnerung zu rufen:

- o Integration als gleichberechtigte Teilnehmerchance am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben; Assimilierung, vollkommene Angleichung werden nicht angestrebt, eigene kulturelle und soziale Lebensformen der Ausländer müssen bewahrt werden können.
- o Eine Politik der Integrationsangebote schließt "Abschiebepremien" aus: die Landesregierung lehnt die Gesetzesinitiative Baden-Württemberg zur "Konsolidierung des Zuzugs und zur Förderung der Rückkehrbereitschaft" ab. Der Eindruck einer "Abschiebepremie" (Kapitalisierung des Arbeitslosengeldanspruchs zum Beispiel) müsse vermieden werden. Der Entschluß zur Rückkehr könne nur in Eigenverantwortung der Betroffenen fallen. Wer zurück möchte, dem solle jedoch die Rückkehr erleichtert werden (zum Beispiel durch Wahlmöglichkeit zur sofortigen Abgeltung der erworbenen Rentenversicherungsansprüche; die Beschlüsse der Bundesregierung vom Juli 1982 werden in der Zielrichtung unterstützt).
- o Priorität für eine verstärkte und gezielte Entwicklungshilfepolitik in den ehemaligen Anwerbeländern.
- o Uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Anwerbstopps. Die Vereinbarung über Freizügigkeit mit der Türkei ab 1986 muß aufgehoben werden.
- o Die rigorose Unterbindung des Familiennachzuges wird abgelehnt (Artikel 6 des Grundgesetzes garantiert Schutz von Ehe und Familie auch für Ausländer).

Der Senat hält es allerdings im Interesse einer erfolgreichen Integration für erforderlich, auf eine rechtzeitige Familienzusammenführung hinzuwirken, sofern Daueraufenthalt und Integration gewünscht sind.

Der Senat hat erhebliche Bedenken gegenüber einer ausländerrechtlichen Altersbegrenzung, dem Nachzugsverbot für Kinder unter 18 Jahren. (Die zwischen Bund und Ländern getroffene Vereinbarung eines Nachzugsverbots für 16- und 17jährige Jugendliche hat für Bremen keine Gültigkeit.) Wenn sich dennoch ausländerrechtliches Nachzugsverbot durchsetzt, müssen zumindest angemessene Übergangsfristen (zwei Jahre) gesichert werden.

- o Novellierung des Ausländerrechts als Grundlage für eine gesicherte Zukunftsplanung; insbesondere Abbau von Ermessensspielräumen der Behörden.
- o Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit soll erleichtert werden. Für die zweite Ausländergeneration muß ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung festgelegt werden.

Mit dem Ausländerprogramm 1982, das die Ausländerkonzeption von 1979 fortschreibt, zeigt die Landesregierung ihre weiteren konkreten Planungen und Maßnahmen für die kommenden Jahre auf. Nach meiner Auffassung hat die von rechtsextremen Gruppierungen angefachte und geschürte ausländerfeindliche Stimmung den vielfältigen Integrationsbemühungen kaum etwas anhaben können, sondern eher das Gegenteil bewirkt, nämlich ein stärkeres Bewußtsein dafür geschaffen, daß wir alle zusammen mehr für eine Integration tun müssen.



Die Auswertung der für das Ausländerprogramm 1982 zusammengetragenen Erfahrungen in der Ausländerarbeit hat gezeigt, daß das Engagement für diese zentrale gesellschaftliche Aufgabe in der Hansestadt inzwischen über ein solides Fundament verfügt. Nicht nur Behörden haben sich für gezielte Hilfen aufgeschlossen und bürokratische Barrieren abgebaut. Auch viele private Initiativen sind ergriffen worden. So haben unter anderen Sport- und andere Vereine, Jugendgruppen, Frauengruppen, Bürgerinitiativen und Betriebsräte eigene Aktivitäten in der Ausländerarbeit entwickelt und damit das gesellschaftliche Spektrum engagierter Ausländerarbeit über Staat, Kirchen, Parteien und Gewerkschaften hinaus erheblich erweitert. Und auch die in Bremen lebenden Ausländer selbst haben sich zum Beispiel über ihre Organisationen und Vereine, als Betriebsräte, in der kommunalen Arbeit aktiv beteiligt.

Diese breite und äußerst positive Reaktion auf die 1979 - erstmals von einer Landesregierung - vorgelegte Ausländerkonzeption beweist, daß sich ein Umdenkungsprozeß bei den Bürgern für eine Integrationspolitik vollzogen hat. Die Landesregierung sieht sich durch diesen Rückhalt in ihren Bemühungen gestärkt. Das Engagement der Bürger - deutscher und ausländischer Mitbürger - gibt dem Senat Mut, den Weg des Angebots zur Eingliederung konsequent weiterzugehen. Von Aufgeschlossenheit, Toleranz, Verständnis und Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung hängt ab, in welchem Umfang und in welchem Zeitraum ausländische Mitbürger hier heimisch werden sollen.

Integration ist keine Sache von Papieren und Resolutionen, sie läßt sich nicht staatlich verordnen, wohl aber können die Politiker Zeichen setzen. Integration vollzieht sich letztlich in der Bevölkerung und durch die Bevölkerung. Die Welt-offenheit Bremens und Bremerhavens und die geschichtlichen Erfahrungen ihrer Bürger mit Rassenhaß und Fremdfindlichkeit werden der kritischen Auseinandersetzung mit ausländerfeindlichen Gruppierungen gewachsen sein.

(-/6.10.1982/vo-hs/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

